

1. Buchkritik von Norbert Reuter: Falsche Diagnose - falsche Politik.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der schwarz-roten Koalition, A. Beier u.a. (Hg.): Für die gängige These einer "strukturellen Krise" lasse sich keine empirische Bestätigung finden. Die Autoren zeigen, dass vielmehr eine makroökonomische Fehlentwicklung - vor allem hervorgerufen durch eine Politik der Lohnzurückhaltung, eine restriktive Finanz- und eine falsche Geldpolitik - Ursachen für geringes Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit sind. Wenn bereits die Diagnose falsch ist, verwundert es nicht, dass die Therapie nicht anschlägt.

Quelle: [FR](#)

2. Ronald Schettkat: Die Legende von der zu geringen Lohnspanne.

Deutschland liegt mit Großbritannien, das "bisher als Spitzenreiter hinsichtlich der Lohnspreizung in Westeuropa galt" gleichauf.

Quelle: [Böckler Impuls 15/2006](#)

3. AOK-Studie: Immer weniger Deutsche melden sich aus Angst vor Jobverlust krank.

Quelle: [Die Welt](#)

Anmerkung: Man beachte die ziemlich zynische Überschrift: „Angst vor Arbeitslosigkeit macht gesund“.

Die Kehrseite der Medaille:

Eine Million Deutsche sind abhängig von Schlaf- und Beruhigungsmitteln.

Quelle: [Spiegel Online](#)

4. Franz Walter: Für einen beachtlichen Teil der Bevölkerung, der an der klassischen gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Definition von "sozialer Gerechtigkeit" orientiert ist, wurde die Linkspartei seit 2005 zur neuen politischen Repräsentanz.

Quelle: [Spiegel Online](#)

5. Trotz 94 Milliarden Aufbauhilfe für den Irak bestimmt weiterhin die Sabotage der Guerilla über den Fortschritt der Infrastruktur, und die Sicherheitslage hat sich merklich verschlechtert.

Quelle: [NZZ](#)

6. US-amerikanischer Armutsbericht

Eine von vier Arbeitnehmerfamilien beziehen ein Einkommen, das kaum zum überleben reicht. 40% der Niedrigstlöhner entstammen Minderheitengruppen. Ein Drittel aller Kinder aus Arbeitnehmerfamilien entstammen aus Familien mit niedrigem Einkommen. Der größte Teil der Niedrigstlöhner kommt aus Familien mit geringer

Bildung.

Quelle 1: [Working hard, falling short. An national Report. \[PDF - 535 KB\]](#)

Quelle 2: [Spiegel Online](#)

7. Der Bundesrechnungshof fordert Finanzämter auf, die Steuererklärungen von Einkommensmillionären häufiger zu prüfen.

Danach prüft der Fiskus im Schnitt jährlich nur 15 Prozent der Einkunftsmillionäre. Jede Sonderprüfung habe Mehreinnahmen von durchschnittlich 135.000 Euro ergeben.

Quelle 1: [Pressemitteilung des Bundesrechnungshofs \[PDF - 100 KB\]](#)

Quelle 2: [SZ](#)

8. EU will Schleichwerbung im Fernsehen zulassen.

Quelle: [Netzzeitung](#)

9. Jugendforscher Klaus Hurrelmann fordert in einem offenen Brief an die Kultusminister, die Hauptschulen aufzulösen, mit anderen Schulformen zusammenzulegen und spezielles Personal bereitzustellen - Sozialpädagogen und Psychologen.

Quelle: [taz](#)

10. Finanzmarktexperten sehen die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands immer pessimistischer. Der ZEW-Konjunkturindex sank im November auf den niedrigsten Stand seit 13 Jahren.

Quelle: [Spiegel Online](#)

Anmerkungen: Das sagt eigentlich alles über den Sinn oder Unsinn von Konjunkturprognosen: Vor ein paar Tage jubelte der Sachverständigenrat, das ZEW malt schwarz.

11. Ein Prosit auf den Klimaschutz!

Die Zeitschrift „Berliner Republik“ lädt zum Dialog „Innovationsmonitor Klimaschutz“. Gastgeber ist der Energieoligopolist und größte deutsch Atomkraftwerkbetreiber „EnBW“ - natürlich mit Sektempfang.

Quelle: [Berliner Republik](#)

Anmerkung: Schampus hätte es angesichts der Gewinnlage von EnBW schon sein dürfen. Vielleicht kann man da ja auch über folgendes Thema sprechen....:

Stromerzeuger können beim Klimaschutz tricksen.

Quelle: [Spiegel Online](#)

12. **Kochs Problem ist, dass ihm alles zugtraut wird.**

Quelle: [FR](#)

13. **Nochmals zur Auswanderungswelle aus Deutschland: Im letzten Jahr verließen über 450.000 Briten ihre Heimat.**

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

Anmerkung: Während die Auswanderung von 145.000 Deutschen bei uns die Alarmglocken vom ausblutenden Deutschland schrillen lässt, verlassen dreimal so viele Briten ihr Heimatland.